wirtschaftliche Lage Deutschlands sei
...lich günstiger als in irgend einem
...opas. (!) Es werde schwer sein zu be-
...s festgesetzte Reparationsbetrag Deutsch-
...eit übersteige.

Kredite für Syrien und Cilicien.

In der Deputiertenkammer wurden die
...ür Syrien und Cilicen bewilligt. Zwei
... die einen Abstrich an der Forderung
...abgelehnt, nachdem der Finanzminister
...ensfrage gestellt hatte. Die Kammer
... 477 gegen 65 Stimmen ein weiteres
...n Monat März.

...der italienischen Kammer?

Der „Matin“ gibt das Gerücht weiter,
...parlamentarischen Kreisen kursiert, wor-
...cht hätte, die Kammer aufzulösen und
...Neuwahlen auszuschreiben. Die gegen-
...aus den Wahlen vom Nov. 1919 her-

...liche Einladung
zu den
...ions-Versammlungen
...der Methodistengemeinde Nagold
...is 4. März 1921, je abends 8 Uhr.
... August Wiesenauer-Herrenberg.
...n ist herzlich willkommen!

...schenke für Schüler!
...ge in grosser Auswahl
... Reißschienen, Zirkel,
...mtl. Zeichenmaterial,
...chenständer, Skizzierbücher
vorrätig bei
...ER, Schreibwarenhdlg.

Milit.- u. Vetr.-Verein Nagold
Bedürftige Kameraden wollen ihre Konfirmanden zur Beihilfe bis spätestens 5. März beim Vorstand auf der Polizeiwache anmelden.
1032 Der Ausschuß.

Gesangbücher
bei G. W. Zaiser. Nagold.

1033 Nagold.
Habe im Auftrag einen fast noch neuen
Phonographen
(Kastenform)
zu verkaufen.
G. Kläger, Uhrmacher.

Hettler-Schwarz
NAGOLD
Ecke Marktstrasse und hintere Gasse.
Neue elegante
Strick-Jacken
250.— u. 295.—

Blaues und weißes
Pauspapier
auf Rollen
empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhdlg.
Nagold.

...können
... Febr.
1026
...arke II
...ries
...i Gauß
..., Gül
... Wwe.
...telamt.
...ifte
...gold.
...paar in
...leidend)
...iches
...en
...ig den
... Hoher
...ndlung
...öglichst
...ttelt
...warz.
...perk.
...ungen,
... bleibt
...dig.
...chhdlg.

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 Fernsprecher 29

Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: K. Mähr, Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 49 Dienstag den 1. März 1921 95. Jahrgang

Deutschlands Gegenvorschläge.

Berlin, 28. Feb. Alles was die ausländische Presse bisher über die deutschen Gegenvorschläge veröffentlicht hat, ist ein Versuch, die Schleier zu lüften. Tatsächlich hat keiner der vielen ausländischen Berichterstatter etwas in Erfahrung bringen können, so krampfhaft sie sich auch bemüht haben. Das Geheimnis ist und bleibt bewahrt. Die deutschen Gegenvorschläge gründen sich auf den Stand der Dinge. Briand hat von der Notwendigkeit gesprochen, die deutsche Geldbörse zu öffnen, um zu sehen, was sich darin befindet. Die Art, in der die Staatsmänner von den Verpflichtungen Deutschlands reden, sticht seltsam von den Gepflogenheiten der interalliierten Höflichkeit ab. Briand hätte schon aus Gründen der Wohlerzogenheit es zurückweisen dürfen, wenn jemand über ein besiegtes Frankreich so hätte sprechen wollen, wie heute Briand sich über Deutschland auszulassen beliebt. Die deutschen Gegenvorschläge überheben den Verband, die deutsche Geldbörse zwangsweise zu öffnen. Wir haben nichts zu verheimlichen, wir haben nicht die Absicht, den Zustand zwischen Krieg und Frieden dauernd zu machen. Deutschland will und wird in London versuchen, Vorschläge zu unterbreiten. Wenn Frankreich es ablehnt, daß Deutschland die zerstörten Gebiete wieder aufbaut, so kann uns das nur recht sein. Aber dann muß Frankreich auch alles tun, um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Wenn Zeitungen, die sich für gut unterrichtet halten, behaupten, tatsächliches über die deutschen Gegenvorschläge zu wissen, so wäre es ein häßliches journalistisches Verfahren, sie vorzeitig der Oeffentlichkeit zu übermitteln. Dazu sind die Dinge, um die es sich handelt zu ernst, als daß sie der Gegenstand des marktschreierischen Wettbewerbs sein können. Das gilt auch von einer Meldung der Pall Mall Gazette, nach der Deutschland eine eine Wiederherstellungssumme von 150 Milliarden Goldmark angeboten hat, die auf 30 Jahre verteilt werden sollen. Eine einfache Rechnung zeigt, daß sich Deutschland dazu verpflichten würde, jährlich 5 Milliarden Goldmark aufzubringen. Wir müssen dem Verband auch sagen, daß so viel in unserer Börse nicht enthalten ist. Briand kann sie öffnen lassen. Er kann Foch Frankfurt, Bayreut und Essen besetzen lassen. Deutschlands Geld wird er aber auf diese Weise nicht finden. Die deutschen Gegenvorschläge sind und bleiben davon abhängig, daß uns die innere und äußere Handlungsfreiheit nicht genommen wird. Wie die Glieder einer Kette greifen die Dinge ineinander.

Deutschland will u. wird zahlen. Das ist jedoch nur möglich, wenn wir Rohstoffe und Lebensmittel erhalten, anders kann die deutsche Wirtschaft nicht mehr zu Kraft kommen. Für diese Rohstoffe und Lebensmittel ist die Kreditwürdigkeit Deutschlands Grundbedingung. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands wird morgen nicht einmal mehr den Wert eines Fetzen Papiers haben, wenn wir unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht selbst ordnen und verwalten können. Um die Schmerzen und angeblichen Leiden Frankreichs kümmert sich das internationale Finanzkapital nicht. Es würde aber nicht ablehnen, etwas für Deutschland zu tun, wenn es die Sicherheit erhält, daß der Verband nicht jeden Tag kommen und in unser Handeln hemmend und hindernd eingreifen kann. Unlösbar sind die europäischen Kredit- und Wirtschaftsprobleme nicht. Was die zerstörten Gebiete Frankreichs betrifft, so läßt sich das alles wieder aufbauen. Wenn Briand behauptet, daß es keine Ruhe und Ordnung geben könne, solange nicht die zerstörten Gebiete wieder aufgebaut seien, so ist dies eine verhängnisvolle Täuschung. Selbst wenn die zerstörten Gebiete in einem Jahr wie ein Schmuckkästchen aussehen, so wird Europa trotzdem zusammenbrechen, wenn nicht die störende Unruhe der wirtschaftlichen Krisis beseitigt werden kann. Ob die deutschen Gegenvorschläge sich dazu eignen, wissen wir nicht, aber es steht fest, daß das Problem nicht einseitig für Frankreich und Deutschland eingestellt ist. In wenigen Tagen wird sich zeigen, ob wir den Wiederaufbau leisten können und sollen. Voraussetzung ist, daß wir als Volk und Staat frei und unabhängig bleiben, daß uns nicht Fesseln angelegt werden, die die Arbeitskraft und Arbeitsfreude lähmen. Wenn Fehler gemacht werden, wird nicht Deutschland allein darunter leiden. Denn in Europa geht kein Volk allein zu Grunde, es zieht alle andern mit sich.

Zur Psychologie der Fronarbeit

Von Max Adler, Genf.

Vor kurzem hat einer der Führer des deutschen Wirtschaftslebens darauf hingewiesen, daß wenn von Milliarden die Rede ist, in Wirklichkeit Arbeitsstunden gemeint sind. Das ist eine Bemerkung, die nicht nur in diesem engen wirtschaftlichen Sinne richtig ist. Der ganze Geist der Wiedergutmachungsfrage wird erst lebendig, wenn man sie als ein Problem betrachtet, das zur Psychologie der Arbeit gehört. Sagen wir genauer: zur Psychologie der Fronarbeit.

Ist es wirklich Fronarbeit, was die Entente vom deutschen Volke fordert? Die Antwort ist einfach. „Wir müssen von Deutschland so viel herauspressen, wie es irgend leisten kann, ohne daß dadurch sein Wirtschaftsleben tödlich getroffen wird.“ Das ist der Grundsatz, der in der letzten Zeit mit aller Offenheit von der französischen Presse verkündet wurde und den etwas abgeschwächt in der Form auch Ministerpräsident Briand in seinen Kammerreden vertreten hat. Mit anderen Worten: das deutsche Volk soll so schwer belastet werden, daß es gerade noch am Leben bleibt, um für die Alliierten weiter arbeiten zu können. Wer sie ein wenig mit volkswirtschaftlichen Theorien beschäftigt hat, erkennt diesen Gedanken unschwer wieder: es ist, ins sozialpolitische Gebiet übertragen, nichts anderes als die berüchtigte Lehre vom „ehernen Lohngesetz“, nach dem sich der Arbeitslohn ständig um das Existenzminimum des Arbeiters bewegt. Man hat diese Theorie nicht mit Unrecht als eine der grausamsten Lehren der Nationalökonomie bezeichnet, weil sie mitleidlos auch das zerstört, was der einzige Besitz der Armen ist, nämlich die Hoffnung. Und in der Tat: wie wäre das Leben eines Menschen noch lebenswert, wenn er durch einen unerbittlichen Zwang an der untersten Grenze des sozialen Daseins festgehalten würde?

Dieses Gesetz wäre für Millionen von Menschen die Verdammung zur ewigen Fronarbeit — wenn es nämlich richtig wäre. Daß es indessen auf sozialpolitischem Gebiete nicht richtig ist, hatte man bereits erkannt, als noch lange nicht von Betriebsräten die Rede war. Heute darf gewiß ein Straßenbahnschaffner die berechtigte Hoffnung hegen, das Gehalt eines Universitätsprofessors zu erreichen. Oder sagen wir besser: ein Universitätsprofessor braucht nicht ganz die Hoffnung aufzugeben, vielleicht einmal bis zur Einkommensstufe eines Straßenbahnschaffners emporzusteigen. Das „eherne Lohngesetz“ war also tot. Es war tot bis zu dem Augenblick, da es auf dem Gebiete der internationalen Politik zu neuem Leben erwachte, da die westlichen „Kulturmächte“ es zur Grundlage eines Friedens der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung bestimmten. Heute soll — darüber helfen alle Worte nicht hinweg — das deutsche Volk unter dem Gesichtspunkt des Existenzminimums zur Arbeit für die Alliierten angehalten sein. Ein ganzes Volk soll in genau denjenigen Zustand gebracht werden, gegen den sich das soziale Gewissen der Menschheit mit Recht empörte und den man in keinem Lande der Welt mehr wagen dürfte, auch nur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zuzumuten.

Das deutsche Volk soll also wahrhaftig Fronarbeit leisten. Aber noch mehr, es soll dabei sogar guten Willen beweisen, d. h. es soll nicht verzweifeln.

Arbeiten und nicht verzweifeln — es ist wenig bekannt, daß das berühmte Wort Carlyles in der Uebersetzung eines Goethe'schen Gedichtes steht, nämlich in desjenigen des „Symbolum“. Die entsprechenden Worte des Gedichtes aber lauten: „Wir heißen euch hoffen!“ Liegt nicht ein tiefer Sinn in der Art, wie hier ein großer Engländer den Gedanken eines größeren Deutschen wiedergab? Liegt nicht darin eine tiefe Symbolik für das ganze Geschehen unserer Tage? Carlyle ist es, der die Engländer von heute lehren könnte, daß man ein Volk, wie einen einzelnen Menschen, notwendig zur Verzweiflung treibt, wenn man ihm bei seiner Arbeit die Hoffnung raubt. Carlyle sagt: Wir heißen euch hoffen — arbeitet! und darauf antwortet das freudige Ja eines Freien. Wenn aber Lloyd George sagt: Wir heißen euch verzweifeln — arbeitet, so wird er in aller Ewigkeit keine andere Antwort erwarten dürfen, als die murrende Widerspenstigkeit der Sklaven.

Solche einfache Wahrheiten sind es, auf die schließlich diese jahrelange Diskussion über die Wiedergutmachungsfrage zurückführt. Man mag in London von Milliarden, von Warenlieferungen, von Anleihen reden: in Wirklichkeit wird es sich immer nur um diese einfachen Dinge handeln. Freie Arbeit oder Fronarbeit — dieses Problem steht zur Entscheidung. Die Geschichte liefert für dieses Problem überaus eindringliche Lehren — jetzt wäre es vielleicht an der Zeit, Spartakusbriefe zu schreiben, welche beweisen, daß Völker in ähnlicher Lage immer in ähnlicher Weise reagierten. Wäre es nicht vielleicht gut, wenn man in London, mitten in der Milliardenschlacht, einen Augenblick lang über diese Lehren nachdenken würde? Alle Berechnungen sind nichts, wenn hinter den Zahlen nicht die belebende Kraft der Seele steht. Denn der Mensch ist das Maß der Dinge.

Korfantys Niederlage.

Breslau, 28. Feb. Man durfte erwarten, daß der Depression im polnischen Lager nach der Festsetzung des einheitlichen Abstimmungstages eine Entladung folgen würde. Wojciech Korfanty, Abstimmungskommissar und Abgeordneter, der sonstigen Gewohnheit eines immerwährenden ironischen Lächelns nicht achtend, wirft sich in die Pose eines Volkstribunen. Er erläßt „durch höhere Fügung und den Willen der polnischen Regierung dem oberschlesischen Volke als Führer bestimmt“ einen mit allen Mitteln verführerischer Dialektik komponierten Aufruf: „Landsleute“ und beginnt ihn mit einer grimmigen Polemik gegen die interalliierten Mächte, die das große Vertrauen, das die polnische Bevölkerung ihnen als den Hütern der Völkerfreiheit, der Gerechtigkeit und der demokratischen Ideen gebracht hat, schwer enttäuschen. Diesem politischen Exkurs schließt er dann einen zweiten an, indem er betont, daß selbst unholde Herrscher dieser Welt es nicht wagen dürfen, den Willensausdruck des oberschlesischen Volkes zu mißachten. Dann wendet er sich an die oberschlesische Bevölkerung, mahnt und warnt, — wie anzunehmen ist, auf sehr gewisse Einflüsse hin — zur Besonnenheit, Gehorsam und Disziplin und beschwört zur Anspannung aller Kräfte, damit am 20. März die Glocken den Polen die Vereinigung Oberschlesiens mit seinem Mutterlande verkünden.

Die Steuersache Erzberger.

Berlin, 28. Feb. Der frühere Reichsfinanzminister Erzberger hat, wie die „Germania“ mitteilt, den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages in einem Schreiben gebeten, dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einleitung eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung gegen ihn stattzugeben. Erzberger erklärt, er stelle diese Bitte an den Ausschuß, um einem politischen Skandal ohnegleichen endlich ein Ende zu machen. Er habe diese Untersuchung nicht nur nicht zu fürchten, sondern wünsche, nach dem, was er seit 1 Jahr erlebt habe, sogar raschеste Durchführung. Zu dem Antrag der Staatsanwaltschaft gibt er eine eingehende Darstellung des bereits seit Anfang 1920 gegen ihn beim Finanzamt Charlottenburg und den übergeordneten Finanzbehörden durchgeführten Verfahrens. Im April 1920 habe die Reichsregierung auf eine Anfrage erklärt, daß das Finanzamt Charlottenburg auf Grund einer eingehenden Untersuchung zu dem Ergebnis gelangt sei, daß eine Steuerhinterziehung nicht vorliege. Seit dieser Zeit habe er von dem Finanzamt Charlottenburg darüber nichts mehr gehört, wohl aber sei ihm zuverlässig mitgeteilt worden, daß sowohl das Finanzamt Charlottenburg wie das zuständige Landesfinanzamt übereinstimmend an das preußische Finanzministerium berichtet hätten, daß kein Grund zu einem Einschreiten vorliege. Trotzdem sei die Sache dem Gericht übergeben worden. Wörtlich fährt hier Erzberger fort: „Das preußische Finanzministerium ließ die Sache wieder nahezu 2 Monate unerledigt liegen und hat trotz der Stellungnahme der Vorinstanzen aus politischen Gründen meine Steuerakten zur erneuten Feststellung des Tatbestandes an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Nach einer peinlichen Untersuchung durch das zuständige Steueramt, wie sie wohl gegenüber keinem zweiten Steuerzahler in Preußen bisher geführt worden ist, nach einer einjährigen maßlosen unwahren Hetze meiner politischen Gegner, nachdem mehrere Instanzen erklärt haben, daß kein Grund zu einem Einschreiten gegeben sei, wird nun aus politischen Gründen nach einer bisher unerhörten Verschleppung der ganzen Angelegenheit — seit Ende März 1920 hat keine Untersuchungshandlung zu einer etwaigen weiteren Aufklärung des Sachverhalts mehr stattgefunden — die Steuersache an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Die hier geschilderten Vorgänge zwingen mich, von einem ganz unerhörten politischen Skandal gegen meine Person zu sprechen, rechtfertigen aber auch meine dringende Bitte, dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einleitung der Untersuchung wegen angeblicher Steuervergehen alsbald stattgeben zu wollen.“

Die östreichischen Goldkronen.

Wien, 28. Feb. Anläßlich der von den Nachfolgestaaten erhobenen Forderungen, ihnen einen Teil des Goldschatzes der Oestreich-Ungarischen Bank als Abzahlung auf ihre Ansprüche auf die Bankaktiven auszufolgen, verlangten die Liquidatoren von der Bankleitung die Ausfolgung von ungefähr 65 Millionen und aller Tresorschlüssel, um die Forderung der Nationalstaaten zu erfüllen. Die östr. Regierung ließ die Entschädigungskommission ersuchen, keine Entscheidung zu treffen, ohne die Vertreter der Regierung und der Bank gehört zu haben. Mittlerweile hat die Entschädigungskommission die Regierung aufgefordert, an die Liquidatoren den verlangten Teil der Goldreserve sofort zu überweisen und die Tresorschlüssel zu übergeben. Da nach Ansicht der Regierung dieses Verlangen im Staatsvertrag von Saint Germain nicht begründet ist, beschloß die Regierung, sich an die alliierten Hauptmächte zu wenden, um die Einhaltung des Staatsvertrags zu erlangen, wobei sie sich insbesondere auf die beim Friedensschluß gegebene Versicherung stützen wird, daß die Alliierten und Assoziierten den Bankerott und die finanzielle Unordnung der östreichischen Republik zu verhüten wünschten.

Frankreich und Spanien.

Madrid, 28. Feb. Die drei schwebenden Fragen zwischen Spanien und Frankreich, die Zurückerstattung des Darlehens von 410 Millionen Francs, die Zolltarife und die Frage von Tanger, sind der Lösung nahe. Frankreich schlägt vor, anstatt der 35 Millionen monatlicher Rückzahlung in drei Jahresraten 60, 120, 240 Millionen zu entrichten, da es mit einer Besserung des Wechselkurses rechnet. An einer Ermäßigung des Zolltarifes für Weine wird gearbeitet. Die Regelung der Frage von Tanger soll sofort nach der Londoner Konferenz eingeleitet werden.

Die Gläubiger Griechenlands.

Paris, 28. Feb. Wie die Blätter aus Athen melden, hat der französische Gesandte dem Ministerium des Aeußern eine Note überreicht, in der von Griechenland die Bezahlung von 412 Millionen verlangt wird, die Griechenland während des Krieges von Frankreich geliehen worden sind. Eine gleiche Forderung ist von England in Höhe von 338 Millionen gestellt worden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Londoner Konferenz.

London, 28. Feb. Die deutsche Delegation traf heute pünktlich 3 Uhr in Dover ein, wo ein Vertreter der englischen Regierung sie begrüßte, und bestieg zwei für sie reservierte Wagen des Londoner Zuges. In London fand die Ankunft gegen ¾5 Uhr statt. Die Delegation wurde von dem deutschen Botschafter Sthamer und einem Vertreter der englischen Regierung Lord Curzon begrüßt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine ungeheure Menschenmenge gesammelt. Diese bewahrte jedoch die größte Ruhe. Die Delegation begab sich in Automobilen nach dem Savoy Hotel.

London, 28. Feb. (Reuter.) Reichsminister Dr. Simons wird seine Erklärung morgen um 11½ Uhr im Lancasterhause abgeben. Die Alliierten werden nachmittags darüber beraten. Lloyd George wird am Mittwoch in Anwesenheit von Lord Curzon und Chamberlain eine Erklärung darüber abgeben.

London, 28. Feb. Wie der Havas-Berichterstatter meldet, wird Lloyd George in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten auf die Erklärung des Reichsministers des Aeußern Dr. Simons antworten und dabei ganz besonders auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Alliierten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erzielen müssen, ohne daß neuerdings die Frage der Kriegsverantwortlichkeit zur Sprache gebracht wird. Hierauf wird Lloyd George die Bildung des Ausschusses vorschlagen, der aus alliierten und deutschen Sachverständigen besteht und unverzüglich eine ins einzelne gehende Prüfung der deutschen Gegenvorschläge vornehmen soll. Diese Vorarbeit wird voraussichtlich am Freitag beendigt sein. Die Konferenz wird alsdann in Vollsitzungen die Ergebnisse durchberaten, zu denen die alliierten und die deutschen Sachverständigen gelangt sind.

Paris, 28. Feb. Nach einer Havas-Meldung ist Ministerpräsident Briand, begleitet von Berthelot, heute Vormittag aus Chequers in London eingetroffen.

Der „Temps" über die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 1. März. Der „Temps" bespricht in seinem gestrigen Leitartikel die Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland angewandt werden könnten und sucht sie mit dem Friedensvertrag zu begründen. Hinsichtlich eines autonomen Zollregimes in den besetzten Gebieten leitet das Blatt die Berechtigung von Artikel 270 des Vertrags her und sagt, ein derartiges Regime sei möglich, wenn diese Maßnahme den Alliierten notwendig erscheine, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sicherzustellen. Die Bewohner der besetzten Gebiete hätten noch keine unabhängig gewählte Vertretung, die berufen wäre zu sagen, wie sie ihre besonderen wirtschaftl. Interessen sicherstellen wolle. Warum sucht sie nicht dieses Mittel auszunutzen? Warum richtet die interalliierte Oberkommission nicht in den besetzten Gebieten ein lokales Zollparlament ein, das die besonderen Interessen des linken Rheinufers in die Hand nimmt? Aber nicht nur der Art. 270 gestattet den Alliierten gewisse Maßnahmen am linken Rheinufer zu ergreifen, sondern auch Art. 212, der gewisse Stipulierungen des Waffenstillstands namentlich die Klauseln 1 und 5 des Anhangs II in Kraft ließ. Nach diesen Bestimmungen haben die Alliierten das Recht, die Eisenbahn, die Schiffahrt, den Telegraphen und das Telephon in den besetzten Gebieten auszubeuten. Schließlich sieht das Blatt noch von den privilegierten Rechten der Verbündeten über die Werte und Einnahmequellen des Reichs und führt hierzu die §§ 12 und 14 Anhang II an. In diesem Augenblick seien die Reparationskommission und die Sachverständigen damit beschäftigt, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen und das deutsche Steuersystem zu prüfen. Nichts könne also verhindern, daß dieses Privileg über irgend eine Einnahme des Reichs, beispielsweise über die Zolleinnahmen, ausgeübt werde. Deutschland habe nur ein Mittel, den Zwangsmaßnahmen zu entgehen, das sei: zu bezahlen, was die Alliierten forderten.

Kleine politische Nachrichten.

Um Venizelos.

Paris, 28. Feb. Nach einer „Matin"-Meldung aus Athen fand am Schlusse der Sitzung der Nationalversammlung eine Kundgebung gegen Venizelos statt. Es sollen sich sehr heftige Szenen ereignet haben, sodaß die Liberalen gezwungen waren, den Sitzungssaal zu verlassen. Sie haben den Beschluß gefaßt, beim Präsidenten der Nationalversammlung eine Ehrenerklärung zu verlangen. Falls ihrem Wunsche nicht nachgekommen wird, glaubt man, daß die Liberalen wahrscheinlich an den Arbeiten der Nationalversammlung nicht mehr teilnehmen werden.

Die russischen Sozialrevolutionäre.

Stockholm, 28. Feb. Der geschäftsführende Ausschuß der sozialrevolutionären Partei in Moskau veröffentlicht in den Moskauer Zeitungen ein Manifest zu den Beschlüssen der sogenannten Konferenz der russischen Nationalversammlung in Paris. Das Manifest verurteilt die Teilnahme von Parteimitgliedern an der Konferenz aufs schärfste. Der Beschluß, Handelsabkommen zwischen Westeuropa, Amerika und Sowjetrußland zu verhindern, laufe vollkommen der Politik der Partei zuwider. Das Manifest verlangt von den sozialrevolutionären Teilnehmern den Abbruch aller Verbindungen mit den übrigen Teilnehmern, widrigenfalls sie aus der Partei ausgeschlossen werden.

Ein Ultimatum der Kemalisten an Georgien.

Paris, 28. Feb. Eine Blättermeldung aus Konstantinopel besagt: Die Kemalisten griffen in die Angelegenheiten Georgiens ein, stellten der Regierung ein Ultimatum und verlangten die sofortige Räumung der südlichen Distrikte Artuil und Ardana. Das Ultimatum verschärfte die an und für sich schon schwierige Lage in Georgien.

Ein Telegramm aus Tiflis vom 24. Februar an die georgische Gesandtschaft in Berlin besagt: Die georgischen Truppen leisten erfolgreichen Widerstand. Das bolschewistische Heer wurde zurückgeworfen. Falls aus Moskau kein Befehl zu einem neuen verstärkten Angriff erfolgt, kann der bolschewistische Ueberfall als gescheitert betrachtet werden.

Schweres Erdbeben in China.

London, 28. Feb. In Nordwestchina fand ein furchtbares Erdbeben statt, von dem 4 Provinzen mit ungefähr 50 000 qkm betroffen wurden. In den von dem Erdbeben heimgesuchten Provinzen stürzte ungefähr die Hälfte der Gebäude zusammen, Tausende von Einwohnern sind getötet worden. Hunderte von Menschen dürften in die sich durch das Erdbeben bildenden Spalten gestürzt sein. Das Erdbeben ist das größte, das sich seit etwa 30 Jahren in China ereignet hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Feb. In seiner heutigen Sitzung nahm der Reichstag zunächst den auf gemeinsamen Antrag aller Parteien eingebrachten Gesetzentwurf über die Aenderung der Bekanntmachung betreffend die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden von 1916 in allen drei Lesungen an. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich hierauf bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes bis zum 1. Juli d. Js., wobei sowohl von den Mehrheitssozialisten wie von den Unabhängigen und Kommunisten in mehr oder weniger temperamentvoller Weise gegen die bayerischen Einwohnerwehren protestiert und von der Reichsregierung verlangt wurde, daß sie auch Bayern gegenüber ernst mache, während von den Rednern der bürgerlichen Parteien bedauert wurde, daß angesichts der Londoner Konferenz die Debatte überhaupt stattfand, und im Interesse der Stellung unserer Konferenzdelegierten der Vorlage zugestimmt wurde. Im Laufe der Debatte hatte der Reichsminister des Innern Dr. Koch namens der Regierung erklärt, daß diese die für ein waffenstolzes Volk so schwere Aufgabe der Entwaffnung in die Hand genommen habe u. die Durchführung innerhalb der gestellten Fristen zurückzusetzen wissen werde. Dabei könne sie sich auf die bündigen Erklärungen der bayr. Regierung stützen. Heute, am Vorabend der Londoner Konferenz, wolle die Regierung eingehende Erläuterungen dieser Frage vermeiden. Sie halte es vielmehr für ihre Pflicht, die Einheitlichkeit des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten. Schließlich wurde der Entwurf gegen die äußerste Linke unter Ablehnung aller unabhängigen Anträge endgültig angenommen. Das Haus trat sodann in die Etatberatung ein und zwar beim Titel Reichsfinanzministerium, in deren Verlauf Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die Untersuchung in der Angelegenheit des Bankhauses Gruser, Philippson & Co., daß in mehr als zehn Fällen Kapitalverschiebungen vorgekommen und bisher eine Gesamtsumme von 2,71 Millionen als verschoben festgestellt sei. Im Falle Spiro sei festgestellt, daß die hinterzogene Summe an Steuern und Steuerstrafen 6 Millionen Mark übersteigen. Das Verfahren gegen die beiden Mitglieder des Hauses Hohenzollern sei noch nicht abgeschlossen. Um ½7 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen nachm. 1 Uhr vertagt.

Die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft.

Von der Pressestelle des preußischen Landwirtschaftsministeriums wird zu der Münchener Ernährungskonferenz geschrieben:

„Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister in München, die die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betrafen, wurden — was in den der Presse zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums verschwiegen wird — auch die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers sowohl in der Vollversammlung als auch im Ausschuß ausführlich erörtert. Die Vertreter der süddeutschen Staaten wie Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, denen sich auch Hamburg und einige kleinere Staaten anschlossen, sprachen sich gegen diese Vorschläge aus und zwar vorzugsweise gegen die Verkoppelung der Düngerbewirtschaftung mit dem Umlageverfahren. Diese Haltung ist darin begründet, daß die süddeutsche Landwirtschaft dank ihrer starken Viehwirtschaft, verhältnismäßig weniger Kunstdünger braucht, als die norddeutsche. Es wurde auch behauptet, daß die preußischen Vorschläge neue Zwangsmaßregeln für die Landwirtschaft in sich schlössen und daß jeder Zwang die landwirtschaftliche Erzeugung hemmen würde. Demgegenüber wurde von den Vertretern Preußens der Standpunkt festgehalten, daß ein Vorgehen nach den Vorschlägen des Reichsernährungsministers die Weiterführung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, selbst in gedrängtem Maße vollkommen illusorisch machen würde was nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Landwirtschaft selbst katastrophale Folgen haben müßte. — Der Reichsernährungsminister nahm zu den Vorschlägen Preußens keine Stellung. Die Entscheidung über die Umstellung der Getreidewirtschaft liegt nunmehr bei der Reichsregierung und dem Reichstag. Sie haben sich darüber schlüssig zu werden, ob sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide verantworten wollen."

Abbau des Beamtenapparates.

Es verlautet, daß der Gesetzentwurf über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für 1921 eine Bestimmung enthalten wird, nach der von den planmäßigen Beamtenstellen im Falle ihres Freiwerdens nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden darf, bis ein Viertel der Stellen der gleichen Gattung fortgefallen ist. Ferner werde in dem Gesetz bestimmt, daß die Stellen für Ministerialräte, Ministerialamtmänner, Ministerialoberregistratoren, Reichsgerichts-, Obergerichtssekretäre, Reichsfinanzhofobersekretäre und Ministerialkanzleisekretäre in Stellen niedrigerer Besoldungsgruppen zurückzubilden werden. Dagegen wird demselben Blatt zufolge der Rechnungshof des Deutschen Reichs eine starke Personalvermehrung erfahren müssen wegen der Uebernahme der Eisenbahnverwaltung, der bayerischen und der württembergischen Post und der Finanzverwaltung auf das Reich, sowie wegen des bevorstehenden Ueberganges der Wasserstraßen auf das Reich.

Anforderung von Leistungen zum Friedensvertrag.

Das Wiederaufbauministerium beabsichtigt nach Mitteilung des „B. T." eine Verordnung über die Anforderung von Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages, mit Ausnahme der Anforderungen von Vieh, einzubringen. Darin werden die Länder als Leistungsverbände für Anforderungen jeder Art bestimmt. Es soll dadurch ermöglicht werden, die Leistungen land- und forstwirtschaftlicher, gewerblicher und kaufmännischer Art aufzubringen, die für Wiedergutmachungen auf Grund des Friedensvertrages notwendig sind. Die Verordnung enthält auch Vorschriften über ein Zwangsverfahren für Anforderungen, das aber nur in den allerdringendsten Fällen angewendet werden soll.

Am Allgemeinen mitzudenken ist immer nötig, mitzuschwatzen aber nicht. Keller.

Im Schatten der Schuld.

40) Original-Roman von Hanna Forster.

Jetzt stand Hilla von Gebhardt da und starrte auf den Grafen Benno, als sei er ihr geschworener Feind. In ihren Nixenaugen war ein gefährliches Flimmern, wie Haß. Sie ahnte, daß auch er zu jener Hälfte gehörte, die Fräulein von Ullmer zur Maienkönigin erwählte. Und noch haßerfüllter und zugleich von hochmütiger Verachtung begleitet wurde ihr Blick, als sie ihn jetzt auf Renate selbst richtete, die erröhend und verlegen die Worte des Grafen vernommen hatte.

Jetzt fuhr dieser fort:

„Da eine Einigung nicht zu erzielen war und jede Partei auf ihrem Standpunkt beharrte, machte ich einen Vorschlag, der das Glück hatte, angenommen zu werden und alle Schwierigkeiten beseitigt."

Abermals eine kleine Kunstpause, während alle Damen ihn erwartungsvoll ansahen.

„Es sollen nämlich beide Königinnen sein, und neidlos einander den Kranz gönnen, den unsere Verehrung und Bewunderung als Krone auffaßt, wenn er sich in ihre goldblonden und nachtschwarzen Locken schmiegt."

Das war unstreitig ein salomonischer Ausweg, und mit großem rednerischen Geschick hatte Graf Benno seine Mission erfüllt. Die Baronesse trat zu ihm hin und sagte:

„Das ist wirklich ein reizender Ausweg! Zwei Maienköniginnen auf einmal, das gibt meinem Fest noch eine besonders hübsche Note. Aber da muß ich schnell aus einer Girlande noch einen Kranz flechten, denn," so schloß sie mit einem schelmischen Blick, „ich hatte natürlich nicht auf Doppelköniginnen gerechnet."

Während sie mit geschickten Fingern aus einer der im Innern der Zeltwand zierlich herabhängenden Maiblumengirlande noch einen zweiten Kranz flocht, unterhielten sich die jüngeren Damen miteinander.

„Ich finde es wenig nett, wenn es noch eine von uns gewesen wäre," sagte die hellblonde Anny von Lerm.

„Süß sieht sie ja aus," meinte die wahrheitsliebende Komtesse von Wangern, „und sie tanzt wirklich entzückend, aber wir alle wissen doch, daß ihre Großeltern die Grafen von Hollwangen um ihr Erbe gebracht haben, und Hilla von Gebhardt mag sein wie sie will, aber so was ist in ihrer Familie noch nicht vorgekommen. Und schöner ist sie auch."

„Ungerecht ist das, und wir hätten eigentlich Einspruch erheben sollen," so gingen die Reden der unzufriedenen jungen Damen durcheinander. Auch hier lastete die Schuld anderer schwer auf Renate von Ullmers jungem blondem Haupt, auf das gerade eben die Baronesse den Maiblumenkranz drückte, nachdem sie diplomatisch zuerst Hilla von Gebhardt mit dem gleichen duftigen Schmuck versehen hatte.

Gewiß sahen die zarten weißen Blätter in dem üppigen schwarzen Gelock wirkungsvoller aus, hoben sich reizvoller ab — doch zu der Gesamterscheinung Renates paßten die Maiblumen entschieden besser. Wie sie jetzt dastand, einen rosigen Schimmer in dem zarten Gesicht, mit den wundervollen braunen Augen, dem leisen lieblichen Lächeln um den feingeschnittenen Mund — da wirkte sie wie eine holdselige Märchenerscheinung.

Zu der zwar auffallenderen, aber der Lieblichkeit ermangelnden Schönheit Fräulein von Gebhardts, zu ihrer üppig schlanken Gestalt mit dem sinnlich reizvollen Zauber hätten voll erblühte Rosen oder tropische Blüten von berauschendem Duft besser gepaßt als die keuschen poetischen weißen Blüten dieser Frühlingskinder des Waldes.

Graf Eberhard von Hollwangen hatte während der ganzen Zeit mit unbewegtem Gesicht dagestanden, so, als ginge ihn die ganze Sache nichts an. Er hatte aber trotz dieser äußern Ruhe alles beobachtet, hatte Renate von Ullmers liebliche Verlegenheit ebenso gemerkt wie den wut- und haßerfüllten Blick der schönen Hilla von Gebhardt. Und als letztere ihn einmal ansah, leidenschaftlich fragend, fast vorwurfsvoll, als wollte sie sagen: „Hast du, den ich so liebe, das nicht hindern, mir diese Demütigung nicht ersparen können?" da war für einen Augenblick ein leises seltsames Lächeln über sein stolzes Gesicht gehuscht. Doch als in diesem Augenblick sein Bruder Benno zu ihm trat, da war wieder der ruhige beherrschte Ausdruck in seinen Mienen, der ihm stets das Gepräge hochmütiger Zurückhaltung gab.

„Du, Eberhard, Fräulein von Gebhardt hat sich wirklich unvornehm benommen. Sie erzählte dem Baron Wendt die Geschichte von den Nehrings und ließ durchblicken, daß man hier in der Gesellschaft fest entschlossen sei, Fräulein von Ullmer ebenso in Acht und Bann zu erklären wie ihre Großmutter, obwohl sie so befreundet mit Anneliese von Lowitz ist. Nun, Oehmar hat ihr ordentlich die Wahrheit gesagt."

In den grauen Augen des Grafen Eberhard war ein rätselhafter Blick, als er jetzt fragte:

„Was hat er denn gesagt? Er scheint sich ja gleich Hals über Kopf in Fräulein von Ullmer verliebt zu haben."

Befremdet blickte Benno den älteren Bruder an. Der Ton seiner Worte war so sarkastisch und doch fast wie zornig gewesen. Er dachte im stillen, daß es manchmal doch recht schwer war, Eberhard zu verstehen, so sehr er ihn in brüderlicher Liebe zugetan war und so sehr er ihn schätzte.

„Was er gesagt hat," erwiderte er, „nun, er hat ihr zu verstehen gegeben, daß eine Gesellschaft, die ein unschuldiges junges Mädchen für das Unrecht, das ihre Großeltern begangen haben, in Acht und Bann erklären und sie nicht in ihren Kreis aufnehmen wollen, ihm gar nicht imponiere. Und daß er jedenfalls es als vornehmste Pflicht erachten würde, die junge Dame, von deren makellosem Charakter er fest überzeugt sei, gegen jeden zu beschützen, der es wagen würde, ihr zu nahe zu treten. Das war doch deutlich und ritterlich zugleich gesprochen. Ich sah nachher, wie Fräulein von Gebhardt meinem Freund haßerfüllte Blicke zuwarf, die ihn jedoch ganz kalt ließen." (Fortsetzung folgt).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

suchung in der Angelegenheit pson & Co., daß in mehr als nen vorgekommen und bisher Millionen als verschoben fest- et festgestellt, daß die hinter- nd Steuerstrafen 6 Millionen hren gegen die beiden Mit- n sei noch nicht abgeschlossen. beratung auf morgen nachm.

chen Getreidewirtschaft.

reußischen Landwirtschaftsmi- ner Ernährungskonferenz ge-

Ernährungsminister in Mün- utschen Getreidewirtschaft be- der Presse zur Verfügung ge- ernährungsministeriums ver- schläge des preußischen Land- r Vollversammlung als auch . Die Vertreter der süddeut- ttemberg, Baden und Hessen, einige kleinere Staaten an- gen diese Vorschläge weise gegen die Ver- bewirtschaftung mit Diese Haltung ist darin be- dwirtschaft dank ihrer starken weniger Kunstdünger braucht, rde auch behauptet, daß die ungsmaßregeln für die Land- daß jeder Zwang die land- nen würde. Demgegenüber chens der Standpunkt festge- den Vorschlägen des Reichs- führung der Zwangsbewirt- gedrängtem Maße vollkom- das nicht nur für die Volkser- dwirtschaft selbst katastrophale ichsernährungsminister nahm eine Stellung. Die Ent- eilung der Getreide- bei der Reichsregie- Sie haben sich darüber sie die Aufhebung der etreide verantworten

tenapparates.

gentwurf über die Feststellung 1921 eine Bestimmung ent- lanmäßigen Beamten- dens nur jede zweite Stelle ein Viertel der Stellen der Ferner werde in dem Ge- Ministerialräte, Ministerial- atoren, Reichsgerichts-, Ober- obersekretäre und Ministerial- gerer Besoldungsgruppen zu- wird demselben Blatt zufolge Reiches eine starke Personal- wegen der Uebernahme der ischen und der württembergi- ltung auf das Reich, sowie erganges der Wasserstraßen

n zum Friedensvertrag.

um beabsichtigt nach Mit- nung über die Anforderung des Friedensvertrages, mit n Vieh einzubringen. Darin verbände für Anforderungen urch ermöglicht werden, die chaftlicher, gewerblicher und , die für Wiedergutmachun- rages notwendig sind. Die iften über ein Zwangsver- ber nur in den allerdringend- fall.

---

von Gebhardt. Und als ftlich fragend, fast vorwurfs- t du, den ich so liebe, das ung nicht ersparen können?" leises seltsames Lächeln über ch als in diesem Augenblick da war wieder der ruhige Mienen, der ihm stets das ng gab.

on Gebhardt hat sich wirk- erzählte dem Baron Wendt und ließ durchblicken, daß t entschlossen sei, Fräulein Bann zu erklären wie ihre freundet mit Anneliese von dentlich die Wahrheit gesagt." Grafen Eberhard war ein te:

Er scheint sich ja gleich Hals her verliebt zu haben."

n älteren Bruder an. Der ich und doch fast wie zornig daß es manchmal doch recht rn, so sehr er ihm in bei- so sehr er ihn schätzte.

erte er, „nun, er hat ihr zu schaft, die ein unschuldiges t, das ihre Großeltern be- n erklären und sie nicht in ihm gar nicht imponiere. vornehmste Pflicht erachten en makellosen Charakter er- u beschützen, der es wagen Das war doch deutlich und h sah nachher, wie Fräulein ogerfüllte Blicke zuwarf, die

(Fortsetzung folgt).

Zusammenkunft der süddeutschen Minister in Stuttgart.

Stuttgart, 1. März. Amtlich wird mitgeteilt: Die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg sind in Stuttgart eingetroffen, um alle schwebenden politischen Fragen gemeinsam zu beraten.

Regierungsbildung in Preußen!

Berlin, 28. Feb. Wie soz. dem. Korrespondenz berichtet, hat sich die mehrheitssozialistische Partei gegen ein Ministerium mit der deutschen Volkspartei ausgesprochen. Man wünscht, daß die alte Koalition wieder hergestellt werden soll. Gelingt dieses nicht, will man den bürgerlichen Parteien die Regierung allein überlassen.

Das Orgeschverbot in Sachsen.

Berlin, 1. März. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, hat der sächs. Minister des Innern sämtlichen Beamten des Landes verboten, an der Orgesch teilzunehmen.

Württembergische Politik.

r Stuttgart, 28. Feb. **Aenderung des Besoldungsgesetzes.** Dem Landtag ist nun der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Besoldungsgesetzes und die Besoldungsordnung für die Beamten zugegangen. Das neue Gesetz schließt sich an das Besoldungsgesetz vom 31. Mai 1920 an. Es bedeutet im allgemeinen eine Angleichung der württ. Beamten an die Besoldungsordnung des Reiches bezw. an das Sperrgesetz. Dabei handelt es sich im einzelnen um die gehaltliche Hebung von Beamtenklassen. Es werden grundsätzlich Beförderungsstellen bis zu einem Drittel der Gesamtstellenzahl der betr. Beamtenklassen geschaffen. Der Rechtsanspruch auf die Dienstalterszulagen wird festgelegt. Die vierteljährliche Vorauszahlung der Gehalte kommt in Wegfall. Es wird vorgeschlagen, allgemein zur monatlichen Vorauszahlung zurückzukehren. Die Beamten der an das Reich überführten Verwaltungen werden in die neue Landesbesoldungsordnung eingereiht. Ueber einzelne Punkte schweben noch Verhandlungen mit der Reichsregierung. Die Eisenbahnschaffner sind in Gruppe III und IV, Stationsverwalter, Postverwalter und Betriebssekretäre in Gruppe VII, die Expeditoren des mittleren Dienstes in Gruppe IX, die Eisenbahnlandmesser und Bezirksgeometer in Gruppe IX und die Kollegialratsstellen in Gruppe XI zugewiesen. Die Amtsbezeichnungen sind mehrfach geändert. Die Polizeibeamten sind durchweg neu eingereiht mit Rücksicht auf die bevorstehende Ausdehnung des staatlichen Polizeiwesens. Im übrigen ist an den 13 Gruppen der Besoldungsordnung festgehalten. Einzelheiten werden aus dem Nachtrag zum Haushaltplan für 1920 und aus der Vollzugsverfügung, die die Verteilung der vorhandenen Stellen auf die Anfangs- und Beförderungsgruppen bringt, näher ersichtlich sein.

r Stuttgart, 28. Feb. **Finanzausschuß. Regelung der Milchversorgung.** Die Frage der Errichtung einer Landesmilchzentrale wurde heute nochmals vom Finanzausschuß behandelt, nachdem das Projekt der Erstellung einer solchen Zentrale in Weimerstetten von der Landesversorgungsstelle fallen gelassen worden war. In einer längeren Erörterung teilte der Leiter der Landesversorgungsstelle, Reg.Rat Mantz, mit, daß es dem Nahrungsmittelchemiker Dr. Schmid bei der Landesversorgungsstelle gelungen sei, einen sehr einfach konstruierten Tiefkühlapparat herzustellen. Mit diesem Apparat werde es möglich sein, an etwa 30 Stationen des Oberlandes und des Allgäus die Milch auf 2½—3 Grad abzukühlen. Die Herstellung des Apparates erfordere einen Aufwand von etwa 5—7000 M. Die abgekühlte Milch wird an verschiedenen Stellen gesammelt und in Eisenbahnkühlwagen nach Stuttgart befördert. Die Aussprache ergab, daß alle Parteien von dieser neuen Regelung befriedigt sind, da sie eine größere Wirtschaftlichkeit in Aussicht stellt. Ein Redner des Zentrums betonte, daß dieser Vorschlag auch von der ländlichen Bevölkerung nicht angegriffen werde. Erfreulicherweise waren zwei Vertreter der Eisenbahn-Generaldirektion Stuttgart erschienen. Es war das erstemal, daß auf Ersuchen des Landtags Vertreter einer Reichsbehörde dem Finanzausschuß beiwohnten. Oberreg.-Rat Keppler als Vertreter dieser Behörde teilte mit, daß die Eisenbahn-Generaldirektion der Frage der Milchbeförderung das allergrößte Interesse entgegenbringe, insbesondere durch einen Milchzug, der die Milch während der Nacht so rasch nach Stuttgart befördert, daß sie in aller Frühe dort ausgeteilt werden kann. Von Regierungsseite wurde ferner mitgeteilt, daß auch die Stadt Heilbronn mit den benachbarten größeren Orten die Errichtung einer Milchzentrale plant, wobei sie vom Staat nachdrücklich unterstützt wird. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Hanser (Ztr.), Wider (B.P.), Fiad (D.d.P.), Pflüger (S.) u. Schepperle (USP.), das Staatsministerium möge die Landesversorgungsstelle beauftragen, die Frage einer besseren Milchversorgung der größeren Städte des Landes mit allem Nachdruck zu fördern, insbesondere mit der Stadt Stuttgart und der Eisenbahn-Generaldirektion Stuttgart in Besprechungen über die rascheste Beförderung und Ausgabe der Milch einzutreten.

Zum Fall Rapp.

Der „Zaberbote“, Amtsblatt für den Bezirk Brackenheim, schreibt: „Das Gerücht, Herr Rapp wolle am Dienstag selbst nach Kleingartach kommen, hat sich nicht bestätigt. Er hat den Schlüssel zum Kassenschrank durch seine Frau übergeben lassen, worauf das Oberamt am Mittwoch den Schrank öffnete und eine Sichtung des Inhalts vornahm. So viel man hört, wird die Vermutung bestätigt, daß der Begriff Ordnung im Arbeitsraum des Beschuldigten kein Heimatrecht besaß. Etwas Geld wurde gefunden.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 1. März 1921.

* **Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe.** Vom 11. bis 20. Juni findet in der Gewerbehalle in Stuttgart aus Anlaß des Genossenschaftstages des Verbands der Gastwirte eine große Fachausstellung für das Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe, die den schönen Namen „Fohea“ führt, statt. Am 15. und 16. Juni hält der Landesverband der Wirte Württembergs seinen Verbandstag.

* **Die Eierpreise.** Die Landesversorgungsstelle Stuttgart beschäftigt sich, obwohl die Eierbewirtschaftung aufgehoben und der freie Handel unter der Voraussetzung der behördlichen Erlaubnis zugelassen ist, immer noch mit der Versorgung der Eier. Allwöchentlich läßt sie sich von den Oberämtern die laufenden Preise für Eier bekanntgeben. Wer diese Preise und die allmähliche Steigerung in einer Zeit, wo sie normalerweise abschlagen sollten, verfolgt, der wird sich fragen: Was ist schuld an dieser unnatürlichen Preisgestaltung? Sonst war es doch so, daß die Preise für die Eier von Anfangs Februar an fortlaufend allmählich heruntergingen. Auch heuer könnte man damit rechnen, zumal da schon der Import aus dem Ausland eingesetzt hat. Schuld an dem heutigen Stand der Eierpreise ist nichts anderes, als daß vielzuviele Leute sich mit dem Eierhandel abgeben. Ueberall hört man von den Aufkäufern, sie verdienen nichts, wenn sie die von einigen Oberämtern festgesetzten Richt- oder Höchstpreise einhalten. So haben wir wieder die alt bekannte Klage. Die Zahl der Händler bestimmt die Preise der Lebensmittel. Jeder will verdienen und dies kann nur dadurch geschehen, daß er viele Waren umsetzt. Das kann er aber nur, wenn er von den Erzeugern viele Waren erhält. Am Absatz fehlt es bei den begehrten Lebensmitteln, wie die Eier, nicht. Daß wir in diesem Jahre vielzuviele Händler haben, daran ist die Verfügung über den Handel mit Eiern schuld, da mit den Kleinhandelsscheinen insofern ein großer Unfug getrieben wird, als für Wiederverkäufer beliebig viele von diesem zugezogene Personen als Aufkäufer zugelassen werden. Diese kaufen aber ganz allein auf, ohne daß der eigentliche Händler, für den sie aufkaufen, auch nur in der Nähe wäre. So wird das Land überschwemmt von Händlern, die die Preise in die Höhe treiben.

* **Die Führung der Strafregister.** Eine Verfügung des Staatsministeriums bestimmt, daß die Strafregister für die in Württemberg geborenen Personen bei der Staatsanwaltschaft des Bezirks geführt werden, in dem die Person geboren ist. Das bisherige Strafregister des Wohnorts fällt fortan weg. Dem Strafregister ist von allen Verurteilungen: Todesstrafe, Freiheits- und Geldstrafen von mehr als 150 M und bei Rückfall begründeter Vergehen auch von Verurteilungen zu Verweis oder Geldstrafen bis zu 150 M Mitteilung zu machen. Die Wirkung der Eintragung einer Strafe im Strafregister kann nur noch durch Beschränkung der Auskunftserteilung oder durch Tilgung des Vermerks über die Bestrafung gemildert oder beseitigt werden. Eine Löschung der Vorstrafen kennt das Gesetz über beschränkte Auskunft usw. vom 9. April 1920 nicht, sie kann auch nicht mehr im Gnadenweg angeordnet werden. Gesuche um Bewilligung der Löschung sind als Gesuche um Anordnung der Auskunftsbeschränkung oder Tilgung zu betrachten. Zuständig für die Anordnung der Auskunftsbeschränkung oder Tilgung ist die oberste Justizverwaltungsbehörde des Landes, in dessen Bezirk das Strafregister geführt wird. Wird die Auskunftsbeschränkung angeordnet, so beginnt alsbald die gesetzliche Frist für die Tilgung des Strafvermerks.

-e- **Altensteig,** 28. Feb. Der Schwarzwaldbienenzüchterverein hielt gestern seine Frühjahrsversammlung bei Albert Lutz hier ab. Sie war ausnahmsweise gut besucht. Der Vorstand, Hauptl. Kächele, begrüßte die Versammlung und bemerkte schon in der Einleitung, daß leider viele Völker den Hungertod gestorben sind, weil im Vorjahr für die Vereine zu wenig Zucker freigegeben wurde. Es ist deshalb um so freudiger zu begrüßen, daß die Reichszuckerstelle in diesem Jahre dem dringenden Bedürfnis mehr entgegenkommt und ausreichende Mengen zur Verfügung stellt. Darauf hielt der Vorstand einen kurzen Vortrag über die Notfütterung der Völker im Frühjahr. Empfohlen wurde die Anfertigung von Zuckertafeln. Ein anwesendes Mitglied erklärte sich zur Herstellung derselben bereit. Besprochen wurde der gemeinsame Bezug von Kunstwaben. Darauf wurde noch ein kurzer Vortrag über Gewinnung und Verwendung des Wachses gehalten. Dem Rechenschaftsbericht entnehmen wir noch, daß der Verein über ein Vermögen von etwa 1000 M verfügt. Der Antrag des Vorstandes Wahlen vorzunehmen, wurde zurückgewiesen und derselbe gebeten, die Geschäfte wie bisher weiter zu führen. Mit dem Imkerwunsch auf ein gutes Honigjahr trennten sich die Mitglieder.

[—] **Ebhausen,** 28. Feb. Am Sonntag versammelte der Ev. Volksbund unsere Gemeinde zu einem vaterländischen Abend. Herr Hauptlehrer Böhringer hielt einen Vortrag mit Lichtbildern über Oberschlesien. Es kam zum Ausdruck, wie nötig dies an großer Industrie so reiche Land für unser deutsches Vaterland ist und welchem traurigem Schicksal es entgegen ginge, wenn's in die Hand von Polen fiele. Eine Entschließung wurde darum auch zum Schluß gefaßt, die an die Regierung eingesandt werden soll, alles zu tun, den deutschen Besitz zu erhalten. Der Männergesangverein und der Schülerchor brachten erfreuende Abwechslung drein. Der Vorstand der Ortsgruppe des Volksbunds Herr Johs. Schöttle und Herr Pfarrer Wall drückten den wohlverdienten Dank aus. Es ist doch etwas Schönes, wenn die verschiedenen in der Gemeinde vorhandenen Gaben zur Aufbauung der Heimat und Freude in der Gemeinde zusammenwirken.

Aus dem übrigen Württemberg.

r **Stuttgart,** 27. Feb. Auf dem städt. Holzlagerplatz in Gaisburg wurde ein unverheirateter Arbeiter von einer im Gang befindlichen Bandsäge erfaßt, die ihm den rechten Unterschenkel abriß. Er wurde ins Katharinenhospital verbracht.

r **Feuerbach,** 27. Feb. Zurzeit werden Verhandlungen geführt wegen Einführung einer Kraftwagenlinie Feuerbach—Weilimdorf—Ditzingen—Gerlingen—Solitude—Stuttgart.

r **Heilbronn,** 28. Feb. Am Samstag war die Vorstandschaft des Südwestdeutschen Kanalvereins hier versammelt. Sie richtet an die Bevölkerung, die Gemeinden, das Handwerk und die Industrie die Aufforderung zur weitgehenden finanziellen Beteiligung an der zu gründenden Gesellschaft für die Durchführung des Rhein-Neckar-Donaukanals.

r **Ellwangen,** 27. Feb. Nach langer Zeit fand wieder einmal ein Schweinemarkt statt, der schwach befahren war. Der Handel ging flau. Die Preise für Saugschweine betrugen 5—600 M, für Läufer 1000 M.

r **Plüderhausen OA. Schorndorf,** 26. Feb. Aus dem Elsaß ist bekannt, daß dort seit einigen Monaten die Schlafkrankheit auftritt. Nun scheint sich hier ein ähnlicher Fall ereignet zu haben. Ein 20-jähriges Mädchen, das schon seit 14 Tagen ununterbrochen schläft, mußte in die Universitätsklinik nach Tübingen verbracht werden.

r **Isny,** 28. Feb. Die Lungenheilstätte Ueberruh der Landesversicherungsanstalt Württemberg ist seit kurzem für tuberkulöse weibliche Versicherte wieder eröffnet. Zugleich ist eine Unterbringungsgelegenheit für tuberkulöse Kinder geschaffen, vornehmlich für solche aus größeren Industrieorten. Der Verpflegungssatz für Kinder unter 14 Jahren beträgt 6 M. 17 Betten stehen zur Verfügung.

Landwirtschaftliche Woche.

r Stuttgart, 27. Feb. Der Zustrom von Landwirten aus allen Teilen Württembergs und Hohenzollerns zu der Landwirtschaftlichen Woche, veranstaltet vom Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern, ist außerordentlich groß. Ueberfüllte Eisenbahnzüge, überfüllte Gasthöfe, Massenversammlungen und eine Belebung des gesamten Straßenbildes der Hauptstadt schon am heutigen Vormittag kennzeichnen die starke Anteilnahme an der Veranstaltung. Es ist ja auch gerade noch günstige Zeit, bevor die landw. Saison mit dem Steigen der Sonne und dem Erwachen des Wachstums allgemein wieder in ihre Hochsaison eintritt. Ohne parteipolitische Zwecke, lediglich dem Nährstand dienend, dem wir im Kriege so viel verdanken und in dessen Händen ein großer Teil der Lasten liegt, die uns der Friede gebracht hat, ist es die Aufgabe der Landwirtschaftl. Woche, die Leistungsfähigkeit unseres ältesten und nützlichsten Standes zu heben, ihm die Wege zu weisen durch das Wirrsal neuer Gesetzgeberei und unerhörter Steuerlasten, seine Standesehre zu vertreten und auch der Verständigung von Stadt u. Land eine Brücke zu schlagen. Ein reiches Arbeitsprogramm ist für die Tage vom 27. Feb. bis 1. März vorgesehen, vor allem aber auch eine Ausstellung, teils im Sieglehaus für landw. Zeitungen, Bücher, Hanf, Flachs, Wolle und Dünger, teils im Stadtgarten für Maschinen, Geräte und landw. Hilfsmittel aller Art. Die Bevölkerung der Hauptstadt nahm ebenfalls lebhaften Anteil. Verwandtschaftliche Bande, persönliche, aus den letzten Jahren als so nahrhaft erwiesene Freundschaft traten in ihr Recht. Es ist unmöglich, über alle einzelnen Veranstaltungen ausführlich zu berichten; vieles davon gehört an die Fachpresse. Aber das wichtigste aus dem Programm verdient, auch der breitesten Öffentlichkeit übermittelt zu werden, die mehr als je die Ueberzeugung gewonnen hat, daß nur eine gesunde, leistungsfähige Landwirtschaft Deutschland die Kraft verleiht, den Kampf um seine Geltung in der Welt zu bestehen.

Turnen, Spiel und Sport.

Im Nagoldtal greift die Sportbewegung immer weiter um sich. Ueberall bilden sich neue Vereine, teils in Anlehnung an die bestehenden Turnvereine, teils auf selbstständiger Grundlage. In Haiterbach, Walddorf, Ebhausen, Mindersbach, Rotfelden, Beihingen und Iselshausen sind neue Vereine entstanden, die ihre Kräfte im friedlichen Wettkampfe messen.

Vergangenen Sonntag wurden viele Spiele ausgetragen, von denen wir weiter unten die Resultate bekanntgeben. Der F. C. Nagold e. V. stellte allein 5 Mannschaften ins Feld, von welchen 3 auswärts spielten. Sämtliche 5 Elf konnten den Sieg an sich reissen. Leonberg Sp. Abtlg. der Turngemeinde I gegen F. C. N. I 0:3. Nagold F. C. N. II gegen Spielervereinigung Tübingen III 3:1. F. C. N. I. Jugend gegen F. V. Kornwestheim Jugend I 2:1. Haiterbach F. A. Turnverein I gegen F. A. Turnverein Gündringen 0:0. F. A. Turnverein Haiterbach II gegen F. C. N. II. Jugend 2:10. Beihingen Fussballclub Beihingen gegen F. C. N. IV. 0:1. Walddorf Fussballclub Walddorf gegen T. V. Ebhausen 5:1. t.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Ueber diese Wirtschaftswoche lag wie ein Alp die atemlose Spannung über den Beginn des weiteren Verlaufs der Londoner Konferenz. Die Berichterstattung wird spärlich u. langsam sein, wie es die Entente will. Im internationalen Geldverkehr war ebenfalls eine abwartende Haltung zu bemerken. Am 25. Februar wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 9,65 Franken bewertet; am 24. waren es noch 10, am 18. 10,15 Franken. Ferner notierten am 25. Febr. 100 deutsche Mark in Amsterdam 4,70 (am 18. 4,87½) Gulden, in Kopenhagen 9,15 (9,40) Kronen, in Stockholm 7,80 (7,60) Kronen, in Wien 11,57 (11,72) Kronen, in Prag 120½ (182,62) Kronen, in London 2,81½ (2,77½) Schilling, in Newyork 1,57 (1,68) Dollar und in Paris 22¾ (23) Franken.

Börse. Natürlich war auch die Tendenz an den deutschen Börsenplätzen meist gedrückt, größtenteils reserviert. Eine Ausnahme bildeten die Valutawerte, für deren Ankauf der spekulative Anreiz bei der neuen Verschlechterung unseres internationalen Kredits groß war. Bevorzugt wurden wieder die Kolonialpapiere u. Mexikaner. Bei einzelnen Montanaktien gab es auch ein Wettkaufen von Aktionärgruppen, die um die Mehrheit ringen, mit entsprechenden Kursbesserungen. Sonst aber herrschte Geschäftsstille. Der Anlagemarkt war behauptet: Reichsschatzscheine 99, Kriegsanleihe 67,20, 4%ige Württemberger 83.

Produktenmarkt. Der Verkehr an der Berliner Produktenbörse zeigte in dieser Woche erhebliche Tendenzschwankungen. Die Preiserholung kam im allgemeinen zum Stillstand. Besonders in Raps gab es einen kräftigen Rückschlag. Mais lag fest; in Hülsenfrüchten war Angebot zu verzeichnen. Am 25. Febr. notierten in Berlin Viktoriaerbsen 160—158 (unveränd.), Futtererbsen 118—125 (unver.), Raps 270—275 (minus 17), Leinsaat 250—260 (unver.), Wiesenheu 22—25 (unver.), Stroh 19—20½ (plus 1), Mais 146 M. Die Nachfrage nach Rauhfutter ließ zu wünschen übrig.

Warenmarkt. Das Kohlensyndikat, das erst vor einiger Zeit mit der Forderung der Preiserhöhung von der Reichsregierung abgewiesen wurde, hat jetzt eine noch größere Forderung gestellt, hoffentlich mit demselben negativen Erfolg. Die Kohlenzufuhren haben sich wesentlich gebessert, denn in Belgien und Frankreich herrscht jetzt Ueberschuß an Kohlen. In der Eisenbranche hört man bald von der Absicht neuer Preisermäßigungen, bald das Gegenteil. Wir können zunächst an einen weiteren Preisabbau nicht glauben. Der Petroleumpreis ist mit 7,25 M das Ltr. bis zum 15. März verlängert worden. In der Textilbranche wird über abnehmende Kaufkraft des Publikums geklagt. Die Rauchwarenpreise sind erheblich im Rückgang, wofür der letzte Markt in Ellwangen den Beweis erbrachte. Die Lebensmittelpreise gehen zum Teil noch weiter zurück, so die für Eier, Schmalz, teilweise auch für Butter u. sogar jetzt für Kartoffeln; doch sollten noch keine großen Hoffnungen auf einen weiteren Preisrückgang erweckt werden. Ueber den Geschäftsgang der letzten Schuhwarenmesse in Stuttgart wurde geklagt. Auch der neuen Möbelmesse sieht man ohne Optimismus entgegen.

Viehmarkt. Die Schlachtviehpreise gehen immer noch zurück, wenn auch jetzt langsamer. Allmählich folgen auch die Zuchtviehpreise dieser Bewegung, jedoch nur zögernd. Eine gute Milchkuh kostet immer noch annähernd 10 000 M, ein gutes Pferd das Doppelte und darüber. Die letzten Häuteauktionen brachten wieder große Abschläge bis zu 25%.

Holzmarkt. Die Lage wird kritischer. Mit Ausnahme von Gruben- und Papierholz fehlt es fast ganz an Nachfrage. Eichenholz ist enorm entwertet. Auf dem Schnittwarenmarkt hört man immer wieder über Zwangsverkäufe. In den württ. Staatsforsten spielen die Auktionen nur noch eine untergeordnete Rolle; fast alles wird freihändig verkauft. Mit einem weiteren Rückgang der Preise für Rohholz ist bestimmt zu rechnen.

Der Holzmarkt im Februar.

(Nachdruck verboten.)

W. K. G. **Allgemeine Lage.** Auf dem deutschen Holzmarkt hat sich auch während des Februar der Verkehr überaus schleppend vollzogen. Der scharfe Druck, der nun schon Monate auf dem Markte lastet, ist nicht gewichen. Infolge der unklaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse konnten sich weder der Großhandel noch die Sägewerke zu größeren Einkäufen und Geschäften entschließen. Maßgebende Kreise rechnen sogar mit einer weiteren Verschärfung der ungünstigen Lage.

Nadelholz. Bei den meisten Holzauktionen wurde während des Monates eine große Zurückhaltung beobachtet. Die Zahl der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ergebnislos verlaufenen Termine war ziemlich groß. Es besteht zurzeit keine Bereitwilligkeit mehr, große Posten zu den verhältnismäßig noch zu hohen Forstlagen zu kaufen. Im Vergleich zum Langholzmarkt blieb die Lage am Markt für Nadelpapierholz gut. Die Preise hielten sich auf der bisherigen Höhe. Auch nach Gruben- und Schwellenschälzern hielt Nachfrage und gute Bewertung an.

Laubholz. Das Geschäft in Laubhölzern ist auch im Febr. sehr ruhig verlaufen. Bei den Versteigerungen im Walde wurden die Anschläge in den meisten Fällen nicht erreicht. Das Angebot war in allen Sorten reichlich. Besonders ungünstig war es mit dem Verkauf von Eichenstammholz. Mehr verlangt waren Erlen, Eschen, Linden, Kastanien, Nußbaum und Pappel.

Schnittwaren. Die Lage am Brettermarkt blieb auch im abgelaufenen Monat sehr still. Die Bestände bei den Produzenten sind teilweise in bedrängtigender Weise angewachsen. Die Preise, die bezahlt wurden, können nicht mehr als gewinnbringend für die Sägewerke bezeichnet werden. Schon wird von bevorstehenden Zusammenbrüchen gesprochen. Von Produzenten, die finanziell schwach sind, wurden ab und zu Angebote gelegt, die unter 500 ℳ p. fm. schwankten. Der Versand von sortierten Brettern nach Rheinland und Westfalen stockte fast völlig. Beinahe vollständig zum Stillstand kam das Kistenbrettergeschäft, weil besonders der Export versagte. Auch der Markt in Bauholz lag still. Das Angebot war wesentlich größer als die Nachfrage. Man konnte durchschnittlich Bauholz mit üblicher Waldkante zu etwa 650–680 ℳ p. fm frei Bahnwagen oberth. Pläze kaufen.

Gerbstoffmarkt. Die Nachfrage nach Gerbrinde hat sich kaum gehoben. Die Umsätze beschränkten sich nur auf Ware für den nächsten Bedarf. Zu Anfang des Monates wurde Eichenrinde mit etwa 32–33 ℳ, Fichtenrinde mit 16–18 ℳ, Eichengerbholz um 12 ℳ p. Zc. verkauft.

Brennholzmarkt. Die Lage war während des Februar recht gedrückt. Der milde Winter trug dazu bei, daß das Angebot weit größer als die Nachfrage war. Da die Umsätze merklich zurückgingen, war ein Druck auf die Preise die Folge.

Verkehr. Infolge Besserung des Wasserstandes der Flüsse konnten die Holzverladungen wieder regelmäßig aufgenommen werden. Die Frachtsätze blieben immer noch auf hohem Stand. Die Holzausfuhr hat während des Monats wenig Absatzmöglichkeit, da in den angrenzenden Ländern die Holzmärkte recht gedrückt sind.

Arbeitsmarkt. Infolge der schlechten Absatzverhältnisse und teilweise eingetretener Ueberproduktion schränkten plötzlich Arbeitgeber die Beschäftigung ein, was zur Verminderung der Arbeitszeit und zu teilweisen Arbeiterentlassungen führte.

Ausland. Am Weltmarkt haben sich die Preise infolge der zurückgegangenen Frachten in Amerika und der stärkeren Erscheinung in Finnland und Schweden gesenkt. — Die Holzplätze in Holland sind überfüllt. — In Oesterreich ist die Nachfrage nach Schnittmaterial besser. — Die schwedische Holzindustrie, ebenso jene in England stehen unter dem gleichen Druck, wie die Industrien in den übrigen Ländern. — Am amerikanischen Holzmarkt macht sich ein allgemeiner Rückgang in fühlbarer Weise bemerkbar.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch und Donnerstag.
Trocken, mäßig kalt.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche ist in **Nagold** und **Iuwmeiler** Gemeinde Ueberberg **erloschen.**

Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben.

Die Gemeinden verbleiben jedoch bis auf weiteres im **Beobachtungsgebiet.** 1045

Nagold, den 28. Februar 1921. Oberamt:
J. V. Oberfekretär Pollmer.

Iselshausen.

Langholz-Verkauf.

Am **Montag den 7. März, mittags von 1 Uhr ab** kommt aus hiesigem Gemeindewald in öffentlichem Aufstreich zum Verkauf

65 Stück Fichten mit 65 Festmeter.

Ferner kommt zu gleicher Zeit im Submissionsweg zum Verkauf: 1013

Fichten: Klasse I. 11 Stück, II. 29, III. 29, IV. 33, V. 25. Forchen meist Sägholz: Klasse I. 8, II. 24., III. 20.

Gemeinderat.

Prima feingemahlener

Düngergips

dauernd zu haben.

1044 **Gipsmühle Gündringen.**

Bösingen.

Die Gemeinde verkauft am **Donnerstag, 3. März, nachmittags 1 Uhr** einen zum Schlachten geeigneten

Farren.

Liebhaber sind eingeladen.

1049 **Gemeinderat.**

¾ **Morgen**

Acker

im Schrofen (Weizen) werden verkauft.

Zu erfragen bei der Geschäftsstelle d. Bl. 1047

Amtliche

Taxpreis-Listen

gültig für das Jahr 1921 vom Forstverband Altensteig

für die Forstbezirke

Hofstett, Nagold, Pfalzgrafenweiler, Simmersfeld, Dornstetten u. Enzklösterle

zu haben bei

G. W. Zaiser
Buchhandlung, Nagold.

Bei Rheumatismus

Gicht, Herzleiden, Ischias, Nervenleiden sofort anfragen. Auskunft frei, nur geg. Rückmarke. 903

Zollaufseher Osburg N. 167
903 Mühlberg a. Elbe.

Verkaufe eine 1040

Nutzkuh

samt Kalb.

Jak. Härle, Bösingen.

1039 **Iselshausen.**

Ein schweres

Zucht-Rind,

gut gewöhnt, hat zu verkaufen

Georg Gutekunst.

Verkaufe eine hochträchtige gute 1048

Milch-Ziege

Rosine Schnon,
Waldschützen-Witwe.

Stadtgemeinde Nagold.

Reisig- u. Schlagraumverkauf.

Am **Donnerstag 3. März 1921** aus Distrikt Kilberg, Abt. Linsenweg und hinteres Staudenkämmerle:

Laubholzreisig gebunden, Wellen: 600
Nadelholzreisig ungebunden, in Flächenlosen Wellen: 1200

Schlagraum: 10 Lose geschätzt zu Rm: 30.

Zusammenkunft 2 Uhr auf der Freudenstädter Straße bei der Pflanzschule in Abt. vordere Lache.

1020 **Städt. Forstverwaltung.**

Gültlingen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf 1000

Donnerstag den 3. März 1921

in das Gasthaus zum „Hirsch" in Gültlingen freundlichst einzuladen.

Karl Baumgartner	Rosine Mohr
Sohn des	Tochter des
Chr. Baumgartner	Georg Mohr
Wagner	Metzger I.
in Linden Kt. Bern.	in Gültlingen.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Kaufen Sie

Dixin

von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

106

Frühjahr Sommer 1921

zu Mk. 5.—

bei G. W. Zaiser, Nagold.

Schlafzimmer

Speisezimmer in **eichen** roh u. gewichst **kaufe** jedes Quantum; komme selbst.

Offerte unt. **979** an die Geschäftsstelle d. „Gesellschafter."

Suche Stellung als Knecht

in landwirtschaftlichem Betrieb. 1038

Eintritt kann sofort erfolgen.

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine

Briefmarken-sammlung zu kaufen gesucht.

Nehme auch einzelne ältere Marken.

Angebote unter **1043** an den Gesellschafter.

Sommersprossen

vertreibt man in 5 Minuten wie abgewaschen. Garantie! 5 ℳ **Wilh. Wenck,** Eschwege (Hessen). 1042

Nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr

findet im Saale des Gasthofs z. „Traube" eine allgemeine

Bürgerversammlung

statt, in welcher der Unterzeichnete über

„die neuen Reichssteuern und ihre Folgen für Staat und Gemeinden, sowie über kommunalpolitische Tagesfragen der Stadt"

sprechen wird. Hierzu wird im Auftrag des Gemeinderats die ganze Einwohnerschaft, Männer und Frauen, freundlich eingeladen.

Nagold, den 28. Feb. 1921. 1046

Stadtschultheiß Maier.

Freundliche Einladung

zu den

Evangelisations-Versammlungen

in der Kapelle der Methodistengemeinde Nagold vom 27. Februar bis 4. März 1921, je abends 8 Uhr.

Redner: Prediger August Wiesenauer-Herrenberg.

1008 **Jedermann ist herzlich willkommen!**

Nagold.

Eine Partie, gutes

wollenes Strickgarn

grau meliert p. Pfd. ℳ 70.—, naturbr. mel. p. Pfd. ℳ 60.—,
ferner: **vigonia braun mel. p. Pfd. ℳ 55.—,** sowie

dauerhafte Buckskin

im Preise zurückgesetzt, bedeutend besser als Notstandsware per Meter von ℳ 55.— an empfiehlt

Wilhelm Kapp

1010 gegenüber dem Postamt.

Stammheim-Wildberg.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag, den 3. März 1921

in das Gasthaus zum „Ochsen" in Wildberg freundlichst einzuladen.

Albert Roller	Martha Breimeyer
Sohn des	Tochter des
Jakob Roller, Steinhauer	† Friedrich Breimeyer
i. Stammheim OA. Calw.	Müller in Wildberg.

Kirchgang ½1 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen. 1023

Bruchleidende

tragen oft kein Bruchband, weil ihnen der Druck ihres Federbandes zu lästig ist, verschlimmern aber ihr Leiden dadurch.

Mein Bruchband **„Ideal" ohne Feder,** eigenes System, auch bei Nacht tragbar, bietet die grösste Erleichterung, unter Garantie für tadelloses Passen. **Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter.** Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung.

Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in **Nagold**

Freitag, 4. März von 12½–4 Uhr im Hotel Post.

Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart,
981 **Kronenstrasse 46.**